



Wartburg-Kurier

Reformationstag 2020

Zum Geleit



Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2020 ist reich an Jubiläen. Darin unterscheidet es sich kaum von früheren und künftigen Jahren. Manchmal werden Jubiläen auch ohne gesicherten Grund gefeiert, weil es wieder mal an der Zeit ist über Vergangenes nachzudenken, zu berichten und in den gegenwärtigen Kontext zu stellen.

So ist es gewiss nicht beim dreißigsten Jubiläum der Wiedervereinigung. Das ist uns schon deshalb überdeutlich bewusst, weil ein größerer Teil von uns das Ereignis, dessen dreißigste Wiederkehr wir in diesem Jahr feiern, selbst erlebt hat. Freilich hat sich schon nach kurzer Zeit unsere Erinnerung daran deutlich verändert. **Man hört heute Sätze wie. „Es war nicht alles schlecht.“ Oder „So schlimm war's doch gar nicht.“, die 1990 kaum jemand ausgesprochen hätte.**

Sabine Bergmann-Pohl, letzte Volkskammerpräsidentin und damit letztes Staatsoberhaupt der DDR, fand in einem Interview vor ein paar Wochen einen interessanten Vergleich. Sie sprach von einer Ehe, die im Laufe der Jahre für die Frau immer mehr zum Gefängnis geworden war. Die Liebe war vergangen, der Mann wurde zunehmend gefühllos, brutal, übergriffig, ja hasserfüllt und böse. Seine Frau konnte sich dennoch nicht von ihm trennen. Sie fühlte sich wie gefangen und gelähmt. Dann starb der Mann ziemlich plötzlich. Die Frau fühlte sich plötzlich wie befreit, ordnete ihre Angelegenheiten neu,



begann mit Freundinnen zu reisen und fand ziemlich rasch in ein völlig neues Leben. Nach ein paar Jahren, angesprochen auf ihre Ehe, sagte sie eben diese Sätze: „Es war nicht alles schlecht.“ oder „So schlimm war's doch gar nicht.“ Sie hatte Leid und Unterdrückung verdrängt, wollte an das, was sie gequält hatte, nicht mehr denken. Ist das gut?

Es ist wohl ein natürlicher Reflex, weil wir staatliches Handeln in den Jahren der Unterdrückung zu dicht an uns heranlassen mussten. Das

möchten wir heute vergessen. Verdrängen. Damit nähren wir die Gefahr, dass künftig hier oder anderswo totalitäre Strukturen Menschen erneut gefangen nehmen und ihnen die Kraft der eigenen Lebensgestaltung beschneiden oder gar ganz nehmen. Deshalb erinnern wir in diesen Tagen zu Recht an Zigtausende in Stasi-Gefängnissen, an Zwangsadoptierte, Deportierte, in Psychiatrischen Anstalten Gefangene und aus ihren Lebenszusammenhängen Gerissene. Wir sind dankbar, dass wir diese Zeiten hinter uns gelassen haben, und stolz darauf, dass uns das aus eigener Kraft gelungen ist. Manchem hat sein Glaube dabei geholfen. Auch wenn es nur ein Kinderglaube gewesen ist. **Mein guter Freund, Prof. Dr. Hansjoachim Walther, den ich seit den Siebzigerjahren kannte, hat damals schon oft in vertrauter Runde gesagt, er könne sich nicht vorstellen, dass ihn sein Gott auf die Erde geschickt habe, damit er in diesem Staat sterben solle.** Er wurde von Helmut Kohl im Oktober 1990 in die Bundesregierung berufen und ist leider viel zu früh, schon 2005, in Freiheit gestorben. In den entscheidenden Monaten 1989 und 1990 hat er für die Wiedervereinigung gekämpft.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Inhalt dieser Ausgabe:

Betrachtungen zum Reformationstag 2020	3
Lesetipp:	
Das Walross und die Pannen-Engel	4
Treffen der EAK-Landesvorstände Sachsen-Anhalts und Thüringens mit Landesbischof Kramer	5
Wir über uns – Der EAK Thüringen	7

„Ehrt jedermann, habt die Brüder und Schwestern lieb, fürchtet Gott, ehrt den König!“ – Als Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen	7
Abschiedswort	10
Mit Glauben die Welt verändern	11
Menschenwürde reicht über den Tod hinaus	12
Impressum und Kontakt	13



(Fortsetzung von Seite 1)

Noch ein Jubiläum des Jahres 2020 geht mir nahe, ein viel vageres. 2020 ist weltweit ein Tizian-Jahr. Tizian ist wohl 1490 geboren, oder doch schon 1488? Wer weiß es genau, und was macht das aus? Es wurde länger nicht über ihn geredet.

Er begleitete Kaiser Karl V. auf dessen Zug in den Schmalkaldischen Krieg. Von daher stammt ein Porträt des Kurfürsten Johann Friedrich I. von Sachsen, damals ein Gefangener des Kaisers, das heute im Kulturhistorischen Museum in Wien zu sehen ist. Im Reformationstagesjubiläumsjahr 2017 war es für kurze Zeit in Thüringen zu Gast.

Tiziano Vecellio, der berühmte venezianische Maler ist einer der bedeutendsten Vertreter der italienischen Hochrenaissance. Seine Bildfindungen haben unsere Vorstellung von wesentlichen Glaubensinhalten geprägt. Ich denke da unter anderem an das eher kleinformatige Bild „Der Zinsgroschen“ in der Dresdener Gemäldegalerie. Es illustriert eine Begebenheit aus dem Matthäus-Evangelium. Ein Pharisäer konfrontiert Jesus mit der

Fangfrage, ob Juden dem römischen Kaiser tributpflichtig seien. Jesus antwortet mit Verweis auf das Konterfei des Kaisers auf einer römischen Münze. „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist.“ Jesus anerkennt zwei Rechte und überlässt uns die



Der Zinsgroschen, Ölgemälde von Tiziano Vecellio von etwa 1516. Es befindet sich in der Gemäldegalerie Alte Meister in Dresden.

Entscheidung, wie wir mit den beiden Seiten unserer Existenz zu recht kommen. Er gibt uns die Entscheidung in die Hand, so wie Martin Luther das später in seiner Schrift von der „Freiheit eines Christenmenschen“ dargelegt hat. Wir sind auf das Wort der Bibel verpflichtet und zugleich gehalten unser irdisches Leben im Einklang mit der christlichen Lehre zu gestalten. Frei und zugleich in Verantwortung gegenüber Gott und unseren

Mitmenschen. Dass das schwer ist, wissen wir nicht erst seit 2015.

Das Tizian-Jubiläum ist durch die besonderen Umstände dieses Jahres wohl etwas zu kurz gekommen. Ich konnte die große Ausstellung in London nicht besuchen, habe aber immerhin anlässlich eines Dresden-Besuchs den „Zinsgroschen“ erneut in Augenschein nehmen können. Zudem stand ein weiterer italienischer Renaissance-Meister, Raffael, im Zentrum der Aufmerksamkeit der Galerien von Rom bis New York. Wir haben wohl wenig versäumt, denn in einigen Jahren kommen alle diese Jubiläen wieder.

Unser Wartburg-Kurier nimmt das erste in den Blick und streift das andere nur kurz mit dieser Kolumne. Wir möchten uns dankbar von langjährigen Weggefährten verabschieden und grüßen neue Partner mit dieser Ausgabe, deren Lektüre ich Ihnen wärmsten ans Herz lege.

Mit herzlichen Grüßen

**Ihr
Prof. Dr. Jens Goebel**

Betrachtungen zum Reformationstag 2020

von Dr. Gregor Heidbrink, Superintendent des Kirchenkreises Apolda-Buttstädt



Dr. Gregor Heidbrink

Am Reformationstag stellt man sich gerne die Frage, inwieweit die Kirche sich verändern müsste. Angesichts des Niedergangs der Kirche und ihrer verlorenen kulturellen Relevanz sind Reformvorschläge nicht knapp. Trotzdem geht es nicht recht voran, Erfolge bleiben aus. „Weshalb?“, werden Sie sich fragen, und „Nanu? Einerseits Reformen wünschen, sich andererseits aber damit schwertun – wie passt das zusammen?“ Antwort: Es liegt an der Blockade der Kirche in mehreren Zwickmühlen. Zwickmühle heißt: Einerseits müssen wir uns bewegen, andererseits verlieren wir dann.

Die erste Zwickmühle.

Die erste Zwickmühle betrifft die Stellung im Staat. Einerseits leben wir von Privilegien und Strukturen, die in Zeiten der Volkskirche erworben wurden: Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts, Beamtentum, Kirchensteuer, Theologische Fakultäten, Religionsunterricht und anderes mehr. Andererseits schaffen wir es nicht, volksskirchliche Strukturen weiter zu unterhalten. Miese Taufzahlen zeigen, dass die biologische Bestandserhaltung ans Ende kommt. Parochiallogik verteilt die hauptamtlichen Kräfte so fein übers Land, als ginge es darum, in einem soziologischen Feldversuch die Wirksamkeit der Homöopathie zu widerlegen. Das Beamtensystem häuft Zahlungsverpflichtungen an in Form von Pensionszusagen, die

die wenigen jungen Christen überfordern. Wir hinterlassen einen Schuldenberg. Das System, das uns jetzt am Leben hält, wirkt als schleichend süßes Gift. Schon jetzt merken Sie dies bei den Personalkürzungen vor Ort. Privilegien und Rechtsordnungen erhalten die kirchliche Stellung, schaffen aber zugleich einen goldenen Käfig, der die Entwicklung bremst und gesellschaftliche Entwicklungen verschlafen lässt.

Erstes Beispiel: Statt kreative Medieninhalte zu produzieren, verlässt sich die Kirche auf Sendeplätze und Formate, die ihr aus alter Zeit qua Rundfunkstaatsvertrag zustehen, etwa das Wort zum Sonntag. Wo Menschen jünger fünfzig Medien konsumieren, auf Amazon oder Netflix, ist die Kirche unsichtbar. Die vertrauten Formate jedoch aufzugeben, fühlt sich falsch und überfordernd an angesichts des Anspruchs an Professionalität, den ein Neubeginn stellt. Wir können es nicht besser.

Zweites Beispiel: Wir verdanken den theologischen Fakultäten viel an Problembewusstsein und ein aufgeklärtes Verhältnis zu unserer Tradition. Und übrigens ist es ganz, ganz lieb von Vati Staat, dass er unsere Ausbildungskosten trägt. Jedoch: Die Reformation begann mit theologischer Leidenschaft. Aus den biblischen Schriften schloss der junge Luther eine Theologie auf, die in seiner Zeit einen Nerv traf. Die Sehnsüchte der Menschen, ihre Kultur und Lebensumstände fanden ein Evangelium, das ihnen entsprach. So etwas kriegen unsere theologischen Fakultäten nicht mehr hin, erst recht nicht in den biblischen Fächern, auf die es ankäme. In den Jahren, in denen Martin Luther seine bahnbrechenden Werke formulierte, war er auch

(noch) jung, arm und dünn. Wer heute einen Lehrstuhl erhält, ist, na ja, mindestens materieller Sorgen ledig. Der Kirche mag das Geld ausgehen, der Staat drückt seinen Beamten notfalls neues. Ob Professoren um den Fortbestand der Kirche ringen oder obskure Privatforschungsinteressen verfolgen? Wissenschaftsfreiheit! Müsste in Thüringen einmal über die Ablösung der Staatsleistungen verhandelt werden, könnte die Kirchenleitung immerhin erwägen, für ein paar Milliönchen den Fortbestand der Jenenser Fakultät mit auf den Tisch zu legen.

Die zweite Zwickmühle.

Die nächste Zwickmühle: Einerseits lebt die Kirche von den Menschen, die in ihren Traditionen verwurzelt sind und das Gemeindeleben vor Ort tragen, weil das die Kirche ist, die sie lieben. Andererseits ist diese Form von Kirche nur für einen Bruchteil der eigenen Mitglieder interessant. 95% der Kirchensteuerzahler finanzieren das Hobby von wenigen, die die Kräfte der Hauptamtlichen absorbieren. Die Volkskirche konnte es sich leisten, Kirche für wenige zu sein. Die Bedürfnisse der Massen und ihren Geschmack wurden ignoriert. Denen, die die Volkskirche nicht erreichte, unterstellte sie einfach ein selbstgewähltes, alternatives Mitgliedschaftsverhalten. Die Missionskirche, die wir werden müssen, kann das nicht. Allerdings hilft es nicht gerade, dass die Gestalt einer neuen Kirche noch im Nebel liegt. Und die Missionskirche wäre heute aus den Restmitteln der Volkskirche zu gestalten.

Darin besteht ein Dilemma: Gerade die, die die Kirche lieben, müssten die Kirche radikal verändern und eine Kirche für andere schaffen,

ohne zu wissen mit welcher Vision oder ob sie sich am Ende in ihrer eigenen Gemeinde noch wohlfühlen würden.

Weil das nicht geht, werden tote Pferde geritten und überkommene Traditionen fortgeführt (etwa der Konfiunterricht, der immer weniger Getaufte erreicht, von Nichtgetauften zu schweigen). Die Angst ist mächtig, vor dem, was entstünde oder nicht entstünde, wenn man die toten Pferde hinter sich ließe. Ganz abgesehen von dem Streit, welcher Gaul wirklich tot ist und welcher bloß so riecht (auch das Kirchenjahr? Auch der Sonntagsgottesdienst?). Der Verfasser dieser Zeilen hatte jüngst die Ehre, an einem „Zukunftskongress“ der EKD teilzunehmen. 560 Führungskräfte waren versammelt. Eine Forderung, der breit zugestimmt worden ist, bestand genau darin: Wir brauchen den Mut, Dinge sein zu lassen. Doch „Butter bei die Fische“ gab es nicht. Dass man Dinge bleiben lassen muss, um Kraft für Neues zu gewinnen, d'accord. *Zur Frage nach dem „WAS“ dringt man nicht vor.*

Die dritte Zwickmühle.

Eine dritte Zwickmühle ist die Frage nach der inneren Einheit der Kirche. Diese Frage wird selten gestellt, um den Frieden zwischen den verschiedenen Strömungen und Ausprägungen des Glaubens nicht zu gefährden. Tatsächlich

zählen die Pluralität unserer Kirche und die gegenseitige Toleranz zu ihren lebenswertesten Eigenschaften. Einen Grundkonsens gibt es: Es geht uns um die Kommunikation des Evangeliums. Aber was ist eigentlich das Evangelium? Bereits hier endet der Konsens. Was wird aus einer Kirche, die nicht mehr klar sagen kann, was es bedeutet, Gott als Schöpfer zu haben oder wie genau der Kreuzestod mit unserer Erlösung zusammenhängen soll. Was bleibt uns als verbindliche Zusage? Wozu wäre es gut, Christ zu werden? Am Ende der Neuzeit, am Ende der Volkskirche sind wir in vielen Problemstellungen gefangen. Wir müssen es aushalten, zurzeit kein schlüssiges Glaubenssystem zu haben, das anschlussfähig wäre an Wissenschaft und Gesellschaft. Die Vollmundigkeit der Erweckungsprediger verfängt nicht mehr. Das Versagen der theologischen Fakultäten gibt uns zu denken. Lutherisch betrachtet ist das Scheitern aller menschlichen Bemühungen im rechtlichen, organisatorischen und theologischen Streben allerdings ein großer Gewinn. Denn das Evangelium ist klassischerweise die gute Nachricht, die uns genau dort trifft, wo wir merken, dass wir rettungslos in uns selbst verdreht sind. Damit steht die (verfasste) Kirche vor der Herausforderung danach zu fragen, welche göttliche Verheißung ihr gilt.

Es ist eine schwere kirchenleitende Verantwortung Zwickmühlen aus-

zuhalten. Im Großen und Ganzen macht das unsere Kirchenleitung prima, und man sollte barmherzig mit ihr sein und um ihre Nöte wissen. Denn vieles gilt es auszuhalten, solange der Geist noch schweigt und der Weg zweifelhaft ist. Wenn man also hört, wie verdrückt Bischof Bedford-Strohm im Zuge der Corona-Krise über Gottes Allmacht spricht (im Grunde bestreitet er die Allmacht, will das aber nicht so deutlich sagen), dann könnte man zwar rufen: „Erbärmlich! Wie ist dieser Mann nur in sein Amt gekommen!“ Aber lieber sollte man erwidern: „Danke, danke, danke. Dieser Gestus der Ratlosigkeit des Ratspräsidenten steht uns ganz gut.“

Die neue Lutherin, der neue Luther, vielleicht leben sie schon unter uns. Lasst uns Ausschau halten! Und während wir dies tun, wird uns vorerst nichts anderes übrig bleiben, als Zeugen des Auferstandenen zu sein, so gut wir können, von dem zeugen, was der Lebendige in unserem Leben tut. Unsere eigenen Sünden beichten und nicht die der anderen richten. Teilen, sich auf andere einlassen, Weggefährten sein. Und Beten. Dass wir ihn, den Lebendigen, als Auferstandenen erfahren und uns mit ihm durchs Leben tasten. In der Hoffnung, dass Gott uns jemanden schickt, der uns den Knoten löst.

LESETIPP: Das Walross und die Pannen-Engel

Ein satirischer Tagebuchroman für Menschen, die gelegentlich an ihrer Kirche leiden, ohne dabei ihren Humor zu verlieren.

Der Allgemeine Automobilverein gehört schon jetzt hinter den Kirchen zu Deutschlands mitgliederstärksten Organisationen. Wie erfolgreich könnte er erst sein, wenn er ebenso professionell geführt würde? Als Dr. Hanno Schimmerlein von der EKD zum neuen Vorstands-Chef bestimmt wird, sind die Erwartungen hoch. Bloß die einzige Frau im Vorstand, Jessica Strupeit, sieht ihre ehrgeizigen Karrierepläne durchkreuzt.

Lässt sich im Übrigen auch als Adventskalender lesen mit 24 Kapiteln. ISBN 978-3-753104515 12,90€



Treffen der EAK-Landesvorstände Sachsen-Anhalts und Thüringens mit Landesbischof Kramer

Gespräch über grundsätzliche und aktuelle Fragen im Themenfeld von Politik und Kirchen

Jürgen Scharf, Landesvorsitzender des EAK Sachsen-Anhalt

Am Mittwoch, dem 23. September 2020 hatte Landesbischof Kramer die Landesvorstände der Evangelischen Arbeitskreise (EAK) der CDU aus Sachsen-Anhalt und Thüringen zum Gespräch in den Spiegelsaal in der Hegelstraße 1 nach Magdeburg eingeladen. Es war das erste Gespräch dieser Art nach seiner Amtseinführung.

Schwerpunkte waren Informationen aus der Landeskirche und den Arbeitskreisen, Schlussfolgerungen aus der Corona-Krise für den Verkündigungsdienst, die Kirche als Moderatorin in gesellschaftlichen Debatten und christliche Schulen in freier Trägerschaft.

Landesbischof Kramer berichtete über wichtige Entwicklungen in der Landeskirche: Die Stellenplanung, die Personalentwicklung, die den Bedürfnissen der Gemeinden vor Ort möglichst gut entsprechen muss sowie mögliche strukturelle Veränderungen in der Kirche aufgrund weiter rückläufiger Mitgliederzahlen.

Die **Corona-Krise** war und ist auch für die Kirche eine große Herausforderung. Es wurde sehr schnell ein Krisenstab gebildet, der die notwendigen Handlungsanleitungen für die EKM und ihre Gliederungen erarbeitete. Die Länder hatten der EKM diesbezüglich großes Vertrauen entgegengebracht und damit diese auch in die Verantwortung genommen. Kirchliches

Leben fand weiterhin statt. Die frohe Botschaft wurde weiterhin verkündet. Die Rechte der Kirchen wurden staatlicherseits nicht eingeschränkt, eingeschränkt wurde das Versammlungsrecht. Freilich hat die Kirche die Sakramentsverwaltung selbst untersagt, denn sie wäre in der Pandemie keine „rechte Verwaltung“ gewesen. Die Kirche hat die Leute nicht „alleine Sterben lassen“. Natürlich hat das Zusammenwirken mit Heimen und anderen Einrichtungen dort am besten funktioniert, wo es schon lange

aber nicht an die Kirche binden lassen wollen. Die Folge ist ein bedrohlicher Mitgliederschwund. Aus dem EAK wurde darauf hingewiesen, dass die Kirchen vielleicht doch über eine Art „gestufter Mitgliedschaft“ nachdenken sollten, denn das deutsche Kirchenmitgliedschaftsmodell ist weltweit durchaus nicht üblich. Die Kirche will in Erprobungsräumen neue Formen des Engagements erforschen. Bischof Kramer wird einen Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Erwachsenentaufe legen. EAK-Mitglieder bekräftigten

die Bedeutung der Arbeit der einzelnen Kirchenmitglieder vor Ort. Hier wird Graswurzelarbeit geleistet, die das Hauptamt nicht leisten kann. Die kirchlichen Strukturen müssen weiter so umgebaut werden, dass die Seelsorger genügend Zeit für die Seelsorge haben, und die notwendige Verwaltungsarbeit möglichst übergemeindlich, z.B. in

v.l.n.r.:

Prof. Dr. Jens Goebel (Vorsitzender Th), Hildigund Neubert (Th), Landesbischof Kramer (EKM), Jürgen Scharf (Vorsitzender LSA),



eine gute Zusammenarbeit gab. Die Übertragung von Gottesdiensten in den neuen Medien wie z.B. Youtube war örtlich oft ein „Quotenrenner“, an den angeknüpft werden sollte. Neue Formen der Verkündigung wurden entwickelt.

Freilich hat die Corona-Krise auch wieder gezeigt, dass viele Menschen sich von der kirchlichen Botschaft ansprechen lassen, sie sich

den kirchlichen Verwaltungsämtern, professionell konzentriert wird. Bischof Kramer sagte, dass die EKM diesen Weg weiter konsequent gehen werde.

Die Schulen in freier Trägerschaft sind ein wichtiger Bestandteil des Schulwesens. Christlichen Trägern ist es in ausgezeichnete Weise möglich, Verantwortung für die Bildung und Erziehung von Kindern

zu übernehmen. Diese Schulen werden in der Regel gut angenommen. Sie sind vielerorts eine hervorragende Möglichkeit zu zeigen, welche praktischen Wirkungen ein Engagement aus christlichem Glauben heraus haben kann. Viele Kinder und Jugendliche werden über diese Arbeit überhaupt erst über den christlichen Glauben informiert. Die Arbeit dieser Schulen und die Arbeit engagierter Kirchengemeinden strahlen weit in die Gesellschaft hinein. So werden z.B. Kinderkathedraltage sehr gut angenommen. Vertreter der EKM baten den EAK sich weiterhin für eine sichere Finanzierung der freien Schulen einzusetzen. Zwar sichern die Rechtsnormen der Länder den

Schulträgern grundsätzlich einen Ausgleich der Aufwendungen zu. Die gegenwärtigen Schulgesetze entsprechen bzgl. der Finanzhilfe für diese Schulen jedoch nicht immer den Notwendigkeiten.

Bischof Kramer und die Vorstände der EAK vereinbarten, künftig jährlich zu einem solchen Gedankenaustausch zusammenzukommen. Das nächste Treffen wird in Thüringen stattfinden.

Teilnehmer des Gesprächs

EKM:

Landesbischof Kramer, OKR Christhard Wagner, OKR Albrecht Steinhäuser

EAK Thüringen:

Dr. Detlef Baer, Dr. Ulrich Born, Prof. Dr. Jens Goebel (Vors.), Dr. Karl-Eckhard Hahn, KR Christian Klein, Dr. Thomas Knoll, Hildigund Neubert

EAK Sachsen-Anhalt:

Dr. med. Wolf-Rainer Krause, Karl-Martin Kuntze, Prof. Wolfgang Merbach, Pfarrer i.R. Bernhard Ritter, Christina Schneppe, Jürgen Scharf (Vors.), Stephen Gerhard Stehli, Klaus-Dieter Theise

Das Gespräch fand am Dienstsitz des Landesbischofs in Magdeburg statt.

Wir über uns – Der Evangelische Arbeitskreis in Thüringen

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ist ein Zusammenschluss evangelischer Christen in den Unionsparteien, der das Ziel verfolgt, protestantisches Denken und protestantische Überzeugungen in die politische Arbeit der Union einzubringen und evangelische Christen zum politischen Engagement zu ermutigen. Er wurde 1952 vom damaligen Bundestagspräsidenten Dr. Hermann Ehlers gegründet. Ehlers Anliegen war es, das Profil der Union als überkonfessioneller, auf christlichem Fundament stehender politischer Kraft in Deutschland zu schärfen und die evangelische Stimme in der Partei zu einen und zu stärken. Dieser ökumenische Ansatz stand auch an der Wiege des Thüringer Landesverbandes, der 1991 unter dem Motto „Die provozierende Kraft des C“ in der Reformationstadt Schmalkalden aus der Taufe gehoben wurde.

In Thüringen bekennen sich heute nur noch weniger als ein Drittel der Menschen zu einer der christlichen Kirchen. Christen sind hier nach über vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft und staatlich verordnetem Atheismus deutlich in der Minderzahl. Und doch hatten die 1989/90 neu gewonnene



Freiheit in der DDR und die erfolgreiche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ihren Ausgangspunkt in den kirchlichen Friedensgebeten. Aus den überfüllten Kirchenräumen des Herbs-

tes 1989 brach sich die friedliche Revolution Bahn auf die Straßen und Plätze unseres Landes und in die Herzen ihrer Menschen.

Diese Erfahrungen bestimmen bis heute die Themen und Handlungsfelder des EAK Thüringen. Im Spannungsfeld zwischen individueller Freiheit, persönlicher Verantwortung und gemeinschaftlicher Solidarität wollen wir insbesondere in ethischen und sozialpolitischen Fragen aktiv am Meinungsbildungsprozess innerhalb der Partei und in unserer Gesellschaft teilnehmen. Zugleich verstehen wir uns als natürlicher Partner im politischen Dialog mit den auf dem Gebiet des Freistaats tätigen evangelischen Kirchen.

Der Prophet Jeremias forderte die kleine Schar der in der babylonischen Gefangenschaft, in einer scheinbar fremden und feindlichen Welt lebenden Israeliten einst auf: „Suchet der Stadt Bestes“. Dieser Aufforderung zur tätigen Mitverantwortung für unser Gemeinwesen, das uns um vieles näher ist, fühlen sich die Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen zutiefst verpflichtet. ■

„Ehrt jedermann, habt die Brüder und Schwestern lieb, fürchtet Gott, ehrt den König!“

Als Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen
von Oberkirchenrat Christhard Wagner

Der öffentliche Auftrag der Kirche

Die Kirche im Westen unseres Landes war und ist selbstverständlicher kultureller, politischer und zuweilen folkloristischer Bestandteil der bundesdeutschen Gesellschaft.

In der DDR schaffte es die SED, unter dem auch heute noch gern genutzten verkappten Kampfbegriff „Trennung von Staat und Kirche“ das Christentum aus der Öffentlichkeit zu drängen und den Großteil der Menschen von ihm zu entfremden. Heute antworten deshalb viele Menschen im Osten auf die Frage nach evangelisch oder katholisch: „Ich bin normal.“ Die Anwesenheit und Bedeutung von Religion, wie wir sie in fast allen Ländern der Welt erleben, ist im Osten nicht selbstverständlich.

Die mit dem Anspruch moderner Aufgeklärter daher kommenden Religionsfremden finden wir nicht allein in der Humanistischen Union, sondern auch unter Journalisten und in vielen Institutionen. Ihnen war bisher Religion egal oder sie belächelten sie. Jetzt empfinden manche von ihnen angesichts des sichtbar werdenden Islam Religionen insgesamt als lästig, störend, anmaßend. Die damit verbundenen Reaktionen treffen entsprechend Kirche, Moschee und Synagoge gleichermaßen. Wir beobachten einen religionsabwehrenden und einen teilweise religionsfeindlichen Trend.

Laizisten finden sich auch in vielen Parteien. Oft sind sie einfach nur schlecht informiert. Neben der Forderung nach der Abschaffung finanzieller Privilegien stellen sie in Frage, dass Kirche ein selbstverständlicher Teil der Zivilgesellschaft ist. Diese Forderung nach dem Rückzug des Glaubens in die Privatsphäre ist nichts anderes als die Fortsetzung des fast gelungenen Versuchs der SED, unter dem Motto „Trennung von Kirche und Staat“ die Trennung von Kirche und Gesellschaft zu erreichen. Doch dem widerspricht die Bibel und das Grundgesetz. Es ist kirchlicher Auftrag, die politischen Auswirkungen des Evangeliums öffentlich zu be-



zeugen und mit Leben zu erfüllen. Politische Themen, die z.B. im Konzi-liaren Prozess bearbeitet wurden, sind immer noch aktuell. Ich nenne nur einige Beispiele: Friedensethik, gerechte Weltwirtschaftsordnung, Flüchtlingsfragen, Rechtsextremismus, Klimawandel.

Deutliche kirchliche Worte und sie bekräftigende Taten sind gefragt – und wir geben sie. Unsere Arbeit vor Ort – als Teil der Zivilgesellschaft – sie wird erwartet und gebraucht. Wer meint, sich politisch raus halten zu können, handelt

hoch politisch und riskiert Entwicklungen, die er nicht will.

Unser Zeugnis ist gefragt.

In letzter Zeit höre ich immer mal die Befürchtung, dass kirchliche Stellungnahmen zu konkreten politischen Fragen in der Gefahr stehen, zur Parteinahme von Kirche im politischen Meinungsstreit zu führen und damit deren Rolle als ethisches Gewissen in unserer Gesellschaft zu konterkarieren.

Binden kirchliche Stellungnahmen tatsächlich das Gewissen, beenden sie den Streit, in dem Kirche sich aus „heiligen Höhen“ als „Moralagentur“ aufspielt und Andersdenkende ins ethische Abseits stellt? Mitnichten. Wir äußern uns nur zu den Fragen, die eine kirchliche Antwort brauchen. Wir erheben dabei nicht den Anspruch auf unhinterfragbare Wahrheiten, sondern mischen uns als selbstverständlicher Teil der Zivilgesellschaft in den öffentlichen Diskurs ein. Wir wollen Gewissen nicht binden, sondern schärfen. Wir treten für die ein, die keine Stimme haben. Und lassen uns dies von niemandem nehmen.

Immer wieder wird Gesinnungsethik als politisch lebensfremd disqualifiziert. Der Eichsfelder Landrat Henning fordert seine Partei auf, christliche Werte, wie sie in der Bergpredigt benannt werden, in den Mittelpunkt politischen Handelns zu rücken. So schreibt er in einem Gastbeitrag in der TA:

„Aus christlicher Sicht – immerhin beruft sich die Union ja ihrem Na-

men nach noch darauf – dürfte das bedeutendste zu bewahrende Gut das Bild vom Menschen sein, auf dessen Grundlage man ja nach Partnern Ausschau halten kann. Wie wäre es denn da mit dem Prüfstein der „Barmherzigkeit“ als zentrales Element aller monotheistischen Weltreligionen, die uns in der Bergpredigt Jesu so nahe gebracht wird. Da höre ich schon so manche Politiker, die mir zurufen werden, diese Gedanken in eine reine theologische Sphäre abschieben zu können. Die konkrete Politik sei doch etwas anderes und bedürfe dieser Ausschmückungen nicht. Sie irren gewaltig und verkennen, dass der Niedergang der rein mechanischen Parteipolitik viel mit Verlust an immerwährender humaner Kultur zu tun hat, welche von den Religionen als anzustrebende Tugenden in besonderer Weise beschrieben werden.“

Ohne die wichtige Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik in Frage stellen zu wollen: Wer sein politisches Handeln verantwortungsethisch begründet, sollte sich immer prüfen, ob seine Entscheidung nicht doch eher politischer Opportunität oder selbstbezogenem Eigensinn folgt.

Gesinnungsethik muss kein naives „Gutmenschentum“ sein, sondern kann politisch nachhaltiger wirken als eine wortreiche Verweigerung von Großzügigkeit, Barmherzigkeit, Mitmenschlichkeit.

Unser Herz ist groß. Und unsere Möglichkeiten sind größer, als wir zu geben bereit sind.

Die Politiker

Es ist beliebt, es erleichtert und es kostet nichts, Politiker zu beschimpfen und sie für Alles ver-

antwortlich zu machen. Manchmal ist es ja auch berechtigt.

Doch ich möchte daran erinnern: Nicht allein die Politiker sind für das Gemeinwohl verantwortlich – die Demokratie braucht auch Verantwortungsträger in Verwaltung, Wirtschaft, Kirche, Zivilgesellschaft. Demokratie ist auf Demokraten angewiesen.

„Ehrt jedermann, habt die Brüder und Schwestern lieb, fürchtet Gott, ehrt den König!“

1.Petrus 2,17

Wer als Politiker Verantwortung übernimmt, riskiert etwas. Er kann falsche Entscheidungen treffen. Er kann zwischen die Fronten geraten. Er kann oft nur zwischen zwei schlechten Möglichkeiten wählen. Er macht sich angreifbar. Er wird haftbar gemacht.

Das bedeutet für uns als Christen: Wer von Barmherzigkeit Jesu weiß, wird eine Kultur der Fehlerfreundlichkeit stärken.

Wer von der Menschenfreundlichkeit Gottes weiß, wird für einen fairen Umgang zwischen Politikern, Bürgern und der Zivilgesellschaft eintreten.

Wer die Bibel kennt, wird die biblische Wahrheit den Gesprächspartnern wie einen Mantel hinhalten, in den sie hineinschlüpfen können und ihnen nicht die Wahrheit mit dem Scheuerlappen um die Ohren hauen.

Es gibt nur wenige Politiker, die es riskieren, für ihre Überzeugungen so zu streiten, dass sie dabei ihre politische Karriere gefährden. Ihnen gilt unser Respekt und unsere Unterstützung. Wir sollten unsere Möglichkeiten wahrnehmen, für eine politische Kultur zu werben,

die die Gewissensfreiheit und individuelle Überzeugung eines jeden Politikers respektiert und erträgt. Friedrich Schorlemmer zitiert dazu Galater 5,1: *„Zur Freiheit hat uns Christus befreit! So steht nun fest und lasst euch nicht wieder in das knechtische Joch fangen“* und legt diesen Satz folgendermaßen aus: *„Wer um das Letzte weiß, ist befreit zum Tun für das Vorletzte. Die Freiheit des Einzelnen, in der er sich nicht zugleich um die Freiheit und das Lebensrecht der je anderen kümmert, ist egoistische Verantwortungslosigkeit. Sie darf nicht zum Prinzip einer demokratischen Gesellschaft werden. Dann gäben wir uns auf. Und das ganze Christentum dazu.“*

Und zuletzt in diesem Zusammenhang das Wichtigste: Wer die Bibel kennt, vergisst nicht, für die zu beten, die Verantwortung für der Stadt Bestes übernehmen.

Die Gesellschaft

Ich bemerke mit Unbehagen, dass eine der wesentlichen Säulen unseres demokratischen Gemeinwesens geschwächt wird: das Subsidiaritätsprinzip.

Die einen meinen: Gerechtigkeit, Gleichheit und gutes Leben kann allein der Staat bewirken. Andere meinen: Wer die Musik bezahlt, darf auch bis in das letzte Detail die Musik bestimmen. Förderung ist dann nicht länger selbstverständlicher Ersatz für den Aufwand, den ein Träger für das Gemeinwohl aufbringt, sondern ein großzügiges Almosen, für das man Dankbarkeit und Wohlgefälligkeit erwarten kann.

Der Etatismus – die Staatsgläubigkeit – ist auf dem Vormarsch. Er verbindet sich kongenial mit alten Mustern im ehemaligen „DDR-

Volk“. Es ist ausgesprochen bequem, Alles vom Staat erwarten zu dürfen. So kann man seine eigene Trägheit kaschieren und folgenlos auf „die da oben“ schimpfen. Der mich schon immer aufregende Satz: „da könn` mir doch sowieso nüscht machen“ ist wieder auferstanden. Nur für eine kurze Zeit war er in Frage gestellt.

Eine Zuschauerdemokratie, die sich nur noch an persönlichen Skandalen reibt und ansonsten nicht einmal mehr Zuschauer, geschweige denn Mitspieler hat, ist gefährdet. Wenn die Zustimmung zur Demokratie allein davon abhängt, wie gut es mir wirtschaftlich geht, dann kann es eng werden. Wenn Demokratie missverstanden wird als ein Instrument allein zur Durchsetzung meiner Interessen, werden wichtige demokratische Elemente wie Bürgerinitiativen immer öfter zu St. Florians – Vereinen.

Gott sei Dank wachsen auch gemeinwohlorientierte Initiativen. Ich hoffe auf eine gewisse Eigendynamik dieser Bewegung. Nichts treibt den Erfolg stärker als der Erfolg. Wer sich engagiert und feststellt: ich kann etwas bewegen, der macht weiter. Derartige emanzipatorischen Gruppen zu unterstützen – und selbst ein Teil davon zu werden – war schon immer ein attraktives Markenzeichen von Kirche. Es gibt keinen Grund, dies zu ändern.

Wir sonnen uns als Kirche in der berechtigten Erinnerung, vor und in der friedlichen Revolution viel Gutes für die politischen Veränderungen dieses Landes getan zu haben. Es wäre fatal, wenn unsere Kinder und Enkel sagen müssten: Obwohl es genügend Gründe gegeben hat, sich in den 20iger Jahren einzumischen, haben sich die 89er nur noch mit sich selbst beschäftigt und sind politisch ermatet und verstummt.

Der Beauftragte

Früher führte ich Gespräche mit dem Rat des Bezirkes und des Kreises, Abteilung Kirchenfragen. Heute läuft das Gott sei Dank etwas anderes.

Es ist ein Segen, dass wir als Kirche in dieser Gesellschaft respektiert und gefragt sind. Nichtsdestotrotz gilt es immer wieder abzuwägen: werde ich hier nur als folkloristisch-religiöser Zuckerguss instrumentalisiert oder kann ich an dieser Stelle etwas oder jemanden erreichen?

Es wäre tragisch, wenn wir die Chance, gefragt zu sein, im öffentlichen Raum sichtbar zu werden, nicht nutzten. Es ist unser gesellschaftlicher Auftrag, es ist unsere biblische Verpflichtung.

Wenn ich meine heutige Rolle als Beauftragter reflektiere – auch im

Verhältnis zu meinem „ersten Leben“ in der DDR, stelle ich fest: die Verhältnisse haben sich geändert. Gott sei Dank. Meine Aufgaben sind Andere. Mein Glaube, meine Hoffnung und meine Freude, sich damit in das gesellschaftliche Getümmel zu werfen, sie sind geblieben.

In meiner Arbeit stoße ich auf außerordentliches Wohlwollen, große Bereitschaft zu konstruktiver Zusammenarbeit und eine höchst erfreuliche Grundsympathie von Ministerinnen, Ministern und Fraktionsvorständen, von denen einige evangelisch bzw. katholisch sind.

In einer Vielzahl von Gesprächen mit Ministerialvertretern, Abgeordneten, Beauftragten, Vertreterinnen und Vertretern gesellschaftlichen Institutionen kann ich kirchliche Anliegen, Erwartungen und Positionen deutlich machen, Missverständnisse ausräumen, Span-

Das Evangelische Büro

Beauftragter der evangelischen Landeskirchen in Thüringen ist Oberkirchenrat Christhard Wagner. Er leitet das Evangelische Büro in Erfurt. Er vertritt gegenüber der Landesregierung die Belange der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland sowie der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck.

Christhard Wagner wurde am 14. Mai 1955 in Leipzig geboren. Mit Abschluss der zehnjährigen Polytechnischen Oberschule absolvierte er eine Berufsausbildung mit Abitur als Baufacharbeiter und studierte nach dem Grundwehrdienst von 1976-1981 in Leipzig Theologie. 1982 wechselte Christhard Wagner nach dem Vikariat in Heidenau in die Thüringische Landeskirche. Nach Beendigung des Vikariats wurde Christhard Wagner Pfarrer in Großenlupnitz bei Eisenach. Er übernahm 1985 das Amt des Kreisjugendpfarrers in der Superintendentur Eisenach. Im Sommer 1989 wurde Christhard Wagner zum Landesjugendpfarrer der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen berufen. Dieses Amt übte er bis 1998 aus. Danach übernahm er das Amt des Superintendenten der Superintendentur Gotha-Gräfentonna.

Die Mitglieder der Thüringer Landessynode wählten Christhard Wagner im März 2001 zum Dezernenten für Zeugnis und Dienst. Im Rahmen der Neustrukturierung des Landeskirchenamtes übernahm Oberkirchenrat Christhard Wagner 2007 das Bildungsdezernat der Föderation. Seit dem 1. Januar 2011 ist Oberkirchenrat Christhard Wagner Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen.

nungen abbauen. Die positiven Rückmeldungen machen Mut, den schwierigen Übersetzungsauftrag kirchlicher Positionen in den gesellschaftlichen Diskurs fortzusetzen. Wir sind gefragt!

Der nachwachsenden kirchenfernen Generation von Politikern in allen Parteien fehlt allerdings oft der Bezug und das tiefere Verständnis für die ausgewogene partnerschaftliche Beziehung zwischen Kirche und Staat. Auch wenn die Spitzen in den Parteien durchweg positiv zum bewährten Status quo stehen, sieht es in der zweiten und dritten Reihe oft anders aus. Hier ist intensive Überzeugungsarbeit und die Bereitschaft von Christen, politische Verantwortung zu übernehmen, nötig.

Für meine Rolle als Beauftragter ist Selbstreflexion und Rollenklarheit entscheidend. Wie jeder Bürger habe ich zu vielen politischen Fra-

gen eine Meinung. Vor jeder Äußerung als Beauftragter muss ich mich fragen: ist das ein Thema, zu dem ich als Beauftragter der Kirche etwas zu sagen habe? Natürlich hätte ich z.B. auch zur Gebietsreform eine Meinung. Aber ich habe mich zurückzuhalten, weil dies keine Frage ist, die biblisch begründet beantwortet werden kann - auch wenn es Theologen gegeben ist, zu allem auch biblisch begründete Beiträge zu liefern. Wir wollen als Kirche politisch deutlich sein, uns jedoch nicht parteipolitisch vereinnahmen lassen.

So gehört es zum Berufsprofil des Beauftragten, eine Äquidistanz zu allen demokratischen Parteien zu halten. Es ist nicht zu vermeiden, dass Parteien dies manchmal anders wahrnehmen.

Für die Arbeit des Beauftragten ist ein längerer Berufszeitraum sinnvoll. Beziehungen und Vertrau-

en müssen aufgebaut werden. Die Kehrseite der Medaille kennen auch Journalisten: wer über einen längeren Zeitraum miteinander zu tun hat, begibt sich in Beziehungen, die das notwendige Gegenüber, die Distanz, die Rollenklarheit verwischen können. Wenn man darum weiß, kann man dem Risiko entgegen. Wenn ich einen Schritt zurücktrete und prüfe, ob ich mich verbiege oder die notwendige kritische Distanz verliere, kann ich ehrlichen Gewissens sagen: Nein. Die Rollenklarheit ist gewahrt. Jeder kennt sein Feld. Kirche und Staat arbeiten zusammen, jeder an seiner Stelle.

Wir Christen sind weder Öl noch Sand im Getriebe der Welt. Wir wollen Salz der Erde und Licht der Welt sein – und damit der Stadt Bestes suchen. Der Beauftragte leistet dazu seinen kleinen Beitrag. Und das ist gut so. Und soll so bleiben.

„Suchet der Stadt Bestes, dahin ich euch habe wegführen lassen, und betet für sie zum Herrn.“ (Jer. 29:7)

Zehn Jahre war Oberkirchenrat Christhard Wagner Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen. Er hat hier sehr eindrucksvoll selbst über sein Amtsverständnis und wichtige Arbeitsinhalte aus dieser Zeit berichtet. Im März des kommenden Jahres endet sein Dienst. In diesem, seinem Jahrzehnt hat sich das Verständnis von und der Blick auf Kirche nicht nur in Thüringen verändert. Vielfach werden Kirchen heute nur noch als Vereine, einer kommt mit besonderer sozialer gesehen. Kaum mehr werden sie Rechts und damit dem Staat ähn- von ihm begriffen. Das ist ihre for- Beauftragte einer der Kirchen muss wird zunehmend schwieriger. Die Pandemie haben die Kirchen von klug und hat geholfen Konflikte zu seinen Dienst in einer schwierigen allen Punkten Zustimmung, aber erfahren. Er war für die Kirchen der richtige Mann am richtigen Platz. Im Namen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen danke ich ihm für viele gemeinsame Aktivitäten, für vertrauensvolle Gespräche und öffentliche Debatten in denen wir jeder auf seine Weise Standpunkte ausgetauscht und gemeinsam nach Wegen gesucht haben, unser Land voran zu bringen. Nicht zuletzt hat er über all die Jahre den Gesprächsfaden zwischen dem Thüringer EAK und der Leitung der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland nicht abreißen lassen. Dafür danken wir ihm von ganzem Herzen und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute, Kraft und Gottes Segen.



Oberkirchenrat Christhard Wagner hat sich um Thüringen verdient gemacht!

Mit Glauben die Welt verändern

von Johannes Selle, Mitglied des Deutschen Bundestags und Mitglied des Evangelischen Arbeitskreises Thüringen

Im Deutschen Bundestag gibt an jedem Freitag einer Sitzungswoche um 7.45 Uhr ein Gebetsfrühstück. Abgeordnete aus allen Parteien, denen der Glaube mehr bedeutet als eine Mitgliedschaft, treffen sich zum Frühstück. Und es kommen auch Abgeordnete aus allen Parteien und aus allen Glaubensrichtungen.

Ein Kollege bereitet sich auf einen Impuls vor, bei dem er völlig frei ist, von persönlichen Glaubenserfahrungen zu berichten. Nach seiner Einführung erleben wir so unterschiedliche Ergänzungen und Kommentierungen von persönlichen Erfahrungen in der Familie und aus dem Leben, dass dies als Bereicherung empfunden wird. Nicht selten wird die Bedeutung dieser Stunde der Besinnung mit so unterschiedlichen Kollegen für das politische Alltagsleben hervorgehoben. Politische Erörterungen finden in dieser Stunde ja nicht statt. In den Plenarsitzungen, zu denen die Kollegen im Anschluss eilen, aber führt diese persönliche Begegnung eher zur respektvollen Mäßigung. Obwohl sich in der Regel nicht mehr als 20 bis 30 Persönlichkeiten versammeln, melden Interesse an den Einladungen bis zu einem Drittel der Parlamentarier an.

Am 2. Oktober 2020 durfte ich den Impuls halten. Natürlich habe ich es mir nicht nehmen lassen, die Glaubenserfahrungen aus der Wende zu thematisieren, denn am nächsten Tag jährte sich zum 30. Mal der Tag der Wiedervereinigung. Die durchmilitarisierte Gesellschaft der DDR wurde in allen Lebensaltern, angefangen vom Wehrkundeunterricht, Pflicht zur Reservistenausbildung im Studium und Kampfgruppen in den Betrieben, darauf eingeschworen, dass die Arbeiterklasse nie wieder die Macht aus den Händen verlieren dürfe. Deshalb holten sich die sorgenvollen, aber mutigen Herzen der Demonstranten Kraft und Segen in

den Friedensgebeten bevor die Demonstrationen starteten. Alles konnte passieren und die bewaffneten Einheiten standen in den Seitenstraßen bereit. Gebete und Kerzen haben eine Diktatur gestürzt. Viele Details wären zu nennen, um den Umständen gerecht zu werden. Mit der friedlichen Wiedervereinigung jedenfalls ist der schreckliche Weg der Bildung der deutschen Nation mit dem Einvernehmen der Völker zum Abschluss gekommen und hat sich bewährt.

Eine Betrachtung der deutschen Nation, ohne diese Ereignisse zu erwähnen, bliebe unvollständig. So habe ich meine Erfahrungen und

unser Zusammenleben verbessert werden kann, gegensätzlicher Überzeugung sein können. Vor zwei Jahren war ich nach Jerusalem eingeladen zum ersten Gebetsfrühstück, bei dem ich auch einen Beitrag halten durfte. Staatspräsident Reuven Rivlin unterstützt die Initiative und lud zum Empfang. In diesem Jahr musste das dritte Gebetsfrühstück mit internationaler Beteiligung wegen steigender Zahlen Coronainfizierter abgesagt werden. Bemerkenswert aber ist schon, dass in Jerusalem ein auf Christus zentriertes Gebet mit öffentlicher Unterstützung zelebriert wird. Wer die israelische Nation betrachtet, darf nicht die Zerstreuung der Juden und ihre Wiedersammlung



Johannes Selle, Jahrgang 1956, ist Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis 191, Kyffhäuserkreis-Landkreis Sömmerda-Weimarer Land I. Der studierte Diplom-Mathematiker arbeitete in der EDV bevor er von 1994 bis 1998 erstmals in den Bundestag gewählt wurde. Danach war er Leiter Vertragsmanagement bei der Mitteldeutschen Medienförderung in Leipzig. Neben seinen vielfältigen politischen Verpflichtungen in Berlin und seinem Wahlkreis ist der dreifache Familienvater kirchlich stark engagiert, beispielsweise in der evangelischen Allianz Deutschlands, als stellvertretender Gemeindekirchenratsvorsitzender und Vorsitzender im Kirchförderverein St. Bonifatius in Großfurra.

Sichtweisen dargestellt. Ergänzt wurde die Dankbarkeit für die bisher weltweit einzige Abschaffung einer Diktatur durch den Hinweis, dass außerdem der schwelend drohende Krieg zwischen den beiden deutschen Staaten unmöglich geworden ist. Und er zeigte auch auf, wie die nun vollkommen verwirrten und arbeitslosen Sicherheitskräfte der ehemaligen DDR allein dastanden und aufgefangen werden mussten. In weiteren Beiträgen wurden sehr beeindruckende Zeugnisse geäußert, die nicht selten verstärktes politisches Engagement in Folge der Wendeereignisse nach sich zogen.

Die Zahl der Parlamente in der Welt wächst, die die Idee aufgreifen und Gebetsfrühstücke beginnen. Der Glaube sollte uns verbinden, auch wenn wir über den Weg, durch den

außer Betracht lassen. *In Jeremia 23 heißt es: „Darum siehe, es wird die Zeit kommen, spricht der HERR, dass man nicht mehr sagen wird: So wahr der HERR lebt, der die Kinder Israel aus Ägyptenland geführt hat! sondern: So wahr der HERR lebt, der den Samen des Hauses Israel hat herausgeführt aus ...allen Landen, dahin ich sie verstoßen hatte, dass sie in ihrem Lande wohnen sollen.“*

Wenn wir unseren Glauben ernst nehmen und auf den Segen Gottes nicht verzichten wollen in unserem politischen Streben, dann hilft es die Signale und Zeichen wahrzunehmen wie in Ps 22: „Es werden gedenken und sich zum HERRN bekehren aller Welt Enden und vor ihm anbeten alle Geschlechter der Heiden.“

Menschenwürde reicht über den Tod hinaus

Kritik an Ausstellung „Körperwelten“ in Greiz

von Marion Walsmann, Ministerin a.D., Mitglied des Europäischen Parlaments



Marion Walsmann

Seit Juni zeigt der Plastinator Dr. med. Gunter von Hagens in der Eishalle Greiz seine weltbekannte Ausstellung „Körperwelten“. Ursprünglich war die Ausstellung dort nur bis 27. September geplant. Die große Besucherzahl mit über 70.000 in Hagens Heimatstadt Greiz – damals hieß er noch Gunther Liebchen – führte zu einer Verlängerung bis 11. November.

Also ausgerechnet über den **Reformationstag** hinaus bis in den **Toten-Gedenkmonat November**. Da werden zu Recht kritische Fragen laut: Welches Menschenbild verbirgt sich hinter den reitenden, springenden, kopulierenden, schwangeren oder betenden präparierten Leichen? Ist der tote Mensch nur eine Sammlung austauschbarer Teile? Hagens selbst beschwört gerne die „Faszination des Echten“. Dabei sind seine Exponate zu 70 Prozent aus Plastik, oft ein wahlloses Mosaik verschiedener Körperteile zu einem Ganzen, das erst tot entstand. Wenn überhaupt, dann ist es eine second-hand-Faszination. Kann man über die Kunst von Plastinatoren staunen, die Leichen zerhacken und willkürlich verkleben? Von wegen eine „Auferstehung des befleischten Leibes“, von der Hagens gerne schwärmt. Er hält seinen um den Globus reisenden makabren Wanderzirkus für einen „Ort der Aufklärung und der inneren Einkehr, für einen Ort philosophischer und religiöser Selbsterkenntnis.“ Ganz

schön vermessen. Genau das Gegenteil ist der Fall: der tote Mensch wird zum Ausstellungsobjekt, beliebig in Szene gesetzt, zum Sklaven des Events. Tote knien und reiten, obwohl sie das lebendig nie getan haben.

Renommierter Wissenschaftler – so im 2007 erschienenen Reader von Liselotte Hermes da Fonseca mit dem Titel „Verführerische Leichenverbotener Verfall“ – kritisieren völlig zu Recht die „repressive Entsublimierung“ in der Ausstellung „Körperwelten“. In der Tat reduziert die zur Schaustellung von zentralen Funktionsbereichen wie Herz, Hand, Lunge des menschlichen Körpers den Leib auf seine rein biologische Funktion, Präparat und Krankheit. Genau das liegt im modernen Trend zur Entpersönlichung und Fallreduktion des Menschen.

Hagens macht es sich leicht, wenn er versichert: „Mein oberstes Ziel ist es, das Wissen medizinischer Eliten allen Menschen zugänglich zu machen. Jeder Mensch hat das Recht, sich so sehen zu dürfen, so detailliert, fragil und schön, wie es unter der Haut aussieht.“ Er wolle mit seiner „Körperwelt“ jedem verständlich zeigen, was jeder selbst tun könne, um seine Gesundheit und hohe Lebensqualität möglichst lange zu bewahren. Ein solcher Satz des Leichen-Schaustellers klingt gerade in Coronazeiten besonders arrogant, narzisstisch und populistisch. Und vor allem besonders makaber. Letztlich ist „Körperwelten“ Leichenfledderei unter dem demagogischen Label Ratschläge für ein gutes und langes Leben.

Wer einmal das 2006 eröffnete „Plastinarium“ Hagens im brandenburgischen Guben besucht hat, der sieht mit eigenen Augen, wie kurios „Körperwelten“ sind. Es geht unter die Haut. Es ist weder Kunst noch Wissenschaft, was „Körperwelten“ symbolisieren will. Neben toten Menschen zersägen von Hagens und sein Team in seinem Plastinarium auch alles andere: Füße in High Heels, Bügeleisen, sogar Panzer. Wenn Leichen zu Plastinat mutiert sind, kommen sie ins Lager: Arme; Beine, Milz, Herz – hängen an Fleischerhaken wie im Schlachthof. Die „Hessenschau“ der ARD zeigt im Internet ein Bild über dem Bett von Gunther von Hagen mit dem Plastinat eines Paares beim Geschlechtsverkehr. Sex post mortem – Sex nach dem Tode – welches dekadente Niveau für einen einst an der Universität Jena studierten und promovierten Anatomie-Experten! Und für PR-Zwecke reisen Hagens oder dessen Sohn rund um den Globus mit Leichenteilen im Koffer zu Kongressen und Universitäten.



Tausende Besucher sind begeistert. Es hagelt aber auch heftige Kritik an Hagens. Der Spiegel erhob 2004 unter dem Titelblatt „Dr. Tod“ heftige Vorwürfe, Hagens würde für seine Exponate auch Leichen chinesischer Hinrichtungsopfer verwenden. Hagens hat dagegen eine Unterlassungsklage

erwirkt. Hat er schon genug Leichen im Keller?

Auch juristisch gibt es fundierte Bedenken gegen „Körperwelten“. Mitte Dezember 2015 hat das Oberverwaltungsgericht entschieden, die Ausstellung „Körperwelten“ verstoße gegen die Vorschriften des dortigen Bestattungsgesetzes, wonach Plastinate unter den Begriff „Leichen“ zu fassen seien. Die Ausstellung – so das Gericht weiter – diene auch nicht, wie Hagen behauptet, wissenschaftlichen Zwecken. Das Bundesverwaltungsgericht hat diesen OVG-Beschluss bestätigt.

Vor diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich, dass der parteilose, aber von der CDU unterstützte Oberbürgermeister von Greiz, Alexander Schulze, sogar für eine Dauerausstellung in Greiz als Heimatstadt von Hagens plädiert. Die Stadt hat derzeit wahrlich andere Sorgen als PR für Körperwelten. Oder wollen von Hagens bzw. sein Sohn später auch Corona-Opfer präsentieren?

Die Ausstellung „Körperwelten“ ist ein eklatanter Verstoß gegen die Menschenwürde. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg hat im Januar 2015 (AZ 61243/08) entschieden, dass die Menschenwürde über den Tod hinaus reiche und auch ein Leichnam respektvoll behandelt werden müsse. Es ging zwar bei diesem Prozess um illegale Entnahme von Leichenteilen, nicht um die „Körperwelten“.

Hier wurde aber ein Grundsatzurteil gefällt, das gerade für uns in der CDU enorme Bedeutung hat. Es zählt zum Alleinstellungsmerkmal von CDU/CSU, dass das christliche Menschenbild die Basis unseres Wertesystems bildet. Die geistesgeschichtliche Wurzel der Menschenwürde, die nach Artikel 1 des Grundgesetzes unantastbar ist, liegt im Christentum. Konkret in der Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Das ist unser Credo. Das christliche Menschenbild ist der Wesenskern christlich-demokratischer Politik. Es gibt keine christliche Politik, wohl aber Politik aus christlicher Verantwortung heraus.

Die biblische Quelle ist hier vor allem die Bergpredigt. Zugegeben: Kaum ein anderer Begriff ist für viele so schwer greifbar, wie unser viel zitiertes Bekenntnis zum christlichen Menschenbild. Deswegen ist ein zeitgemäßes Grundsatzprogramm für die CDU so wichtig.

Wir haben in Deutschland noch ein zweites Alleinstellungsmerkmal: In keiner anderen Verfassung gibt es ein so klares Bekenntnis zur Menschenwürde wie in unserem Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Doch, was heißt „Würde“? Was heißt „Menschenwürde“? Würde findet ihre Letztbegründung in Gott, in seiner Erschaffung des Menschen, in der Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Menschenwürde ist ein Wert, der allen Menschen gleichermaßen zukommt. Auch nach dem Tod.

Der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises in Thüringen

Vorsitzender: *Prof. Dr. Jens Goebel* (Schmalkalden)

Stellvertreter: *Hildigund Neubert* (Limlingerode), *Volker Heerdegen* (Apolda)

Beisitzer: *Dr. Detlef Baer* (Erfurt), *Tillmann Bauer* (Erfurt), *Dr. Ulrich Born* (Ilmenau), *Dr. Karl-Eckhard Hahn* (Stotternheim), *Hans-Steffen Herbst* (Königsee), *Gudrun Holbe* (Artern), *Jörg Kellner* (Zimmernsupra), *Christian Klein* (Gera), *Dr. Thomas Knoll* (Erfurt) und *Johannes Selle* (Sondershausen)

Verantwortliche dieser Ausgabe

Evangelischer Arbeitskreis (EAK) der CDU Thüringen

Landesgeschäftsstelle

Friedrich-Ebert-Straße 63

99096 Erfurt

www.eak-thueringen.de

Mail: eak-thueringen1@online.de

Prof. Dr. Jens Goebel

Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen (Redaktion)

Dr. Detlef Baer

Mitglied im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen (Satz + Layout)

Autoren dieser Ausgabe

Dr. Gregor Heidbrink

Superintendent des Kirchenkreises Apolda-Buttstädt

Prof. Dr. Jens Goebel

Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen

Jürgen Scharf

Landesvorsitzender des EAK Sachsen-Anhalt

Johannes Selle

Mitglied des Deutschen Bundestags und Mitglied des Evangelischen Arbeitskreises Thüringen

Oberkirchenrat Christhard Wagner

Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen

Marion Walsmann

Ministerin a.D., Mitglied des Europäischen Parlaments